

„Trotz roter Zahlen nicht nur schwarz sehen!“

Obernkirchen. Der Vorstand des Vereins für Wirtschaftsförderung hat die Entwicklung der städtischen Finanzen „mit verständlicher Sorge zur Kenntnis genommen“. „Das Defizit ist bei der zu erwartenden Größenordnung, so wie berichtet, nur noch mit einer weiteren radikalen Konsolidierung des städtischen Haushalts auszugleichen“, stimmt Vorsitzender Robert Rammelsberg einerseits zwar Stadtkämmerer Bernd Hellmann und dessen Ausführungen zu.

Der Wirtschaftsförderer kritisiert allerdings, mit einer Herabstufung der Bergstadt zu einer Stadt mit weniger als 10 000 Einwohnern positive Impulse, die derzeit spürbar seien, im Keim zu ersticken.

Gleichzeitig werde in allen Medien berichtet, dass das Wirtschaftswachstum insgesamt auf den niedrigsten Stand seit Jahren gefallen und die Pleitewelle drastisch angestiegen sei. „Die Aussichten auf eine Verbesserung der Situation in Obernkirchen in den nächsten Jahren sind also nicht gerade optimistisch, wenn man die gesamte Entwicklung berücksichtigt“, meint Rammelsberg. Der Blick auf die gesamtdeutsche Entwicklung sei für die Einschätzung der kommunale Lage unumgänglich.

Reserven ausgeschöpft

„Es nutzt nichts, sich damit zu trösten, dass es anderen Kommunen nicht besser geht“, meint Rammelsberg. Im Gegenteil: Obernkirchen habe durch die Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre fast alle verfügbaren Reserven voll ausgeschöpft. Finanzielle Zuweisungen von Land und Bund seien ausgeblieben und aufgrund der aktuellen Politik auch künftig kaum mehr zu erwarten. „Stattdessen werden immer mehr Aufgaben auf die Kommunen verlagert, um die Haushalte von Bund und Land zu entlasten“, beklagt der Wirtschaftsförderer. „Ich hoffe für Obernkirchen, dass die erwarteten Zuweisungen doch noch gezahlt werden und der Protest des Rates in dieser Sache Früchte trägt.“

Lösungen, wenn sie aus dieser bedrückenden Lage herausführen sollen, argumentiert Rammelsberg weiter, könnten nur durch eine florierende Wirtschaft kommen und durch einen Abbau von Bürokratie, was einer Reduzierung kommunaler Aufgaben und damit Ausgaben gleichkäme.

Fehlende Baugebiete seien nicht der einzige Grund, warum sich in Obernkirchen in den vergangenen Jahren nichts bewegt hat. „Zu den Flächen gehören auch günstige Bedingungen“, meint Rammelsberg. „Die Attraktivität des Standortes, die diese Stadt einstmals ausgezeichnet hat, muss wiedergewonnen und nicht weiter preisgegeben werden.“

Rammelsberg beschreibt sein Bild von einer erfolgreichen Stadt: „Dazu gehören ein interessantes Bildungs- und Kulturangebot, soziale und sportliche Angebote, eine landschaftlich schöne Lage aber auch angemessene Steuern und Abgaben und ein positives Klima.“ Das richtige Ambiente sowie die Lebensqualität seien ebenfalls wichtig – „Alle Faktoren, die Analysen zufolge in Obernkirchen vorhanden sind.“ Nur würden diese in und um Obernkirchen nicht ausreichend wahrgenommen. „Das Ansehen dieser Stadt entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten!“

Rammelsberg kritisiert die neu vorgebrachten Vorschläge der Verwaltung, Obernkirchen als Stadt unter 10 000 Einwohner einzustufen, um Aufgaben, Personal und somit Kosten einzusparen. Solche Vorschläge, so Rammelsberg, würden einer positiven Standortentwicklung grundsätzlich entgegenwirken. „Auf diese mögliche Fehlentwicklung müssen wir frühzeitig und mit Nachdruck aufmerksam machen.“ Die Pläne zur Erhöhung von Steuern und Abgaben bezeichnet der Wirtschaftsförderer als „Strategien, die eine bewusste Senkung der Einwohnerzahlen zur Folge haben“. Kürzung der Leistungen und Aufgaben der Kommune, die einen Aufschwung unterstützen oder die Lebensqualität verbessern, würden das Ansehen reduzieren und den Standort weiter schwächen.“

Dennoch will Rammelsberg nicht soweit gehen wie Konrad Bögel und von einer „toten Stadt“ sprechen. „Wir haben auch nicht die Geisterstädte in amerikanischen Western vor Augen, aber wir müssen vor diesem Weg mit Nachdruck warnen, weil Gewerbe und Dienstleistung, also Geschäfte, Post und Banken, ab einer bestimmten Umsatzgrenze ihre Leistungen einschränken oder Niederlassungen aufgeben, wenn sie nicht profitabel sind.“ Die Einzelhandelsstudie der „ICON“ habe 2001 noch einmal nachdrücklich in Erinnerung gerufen, dass diese Grenze durch den schon vorhandenen Kaufkraftabfluss erreicht sei. „Rückläufige Bürgerzahlen lassen zum Beispiel diese Grenze im negativen Sinne schnell überschreiten. Vorschläge, die also auf die bewusste Reduktion der Einwohnerzahlen abzielen sind nicht akzeptabel.“

Jeder kommerzielle Betrieb lebe vor, wie es besser geht. „Wenn es möglich ist, werden neue Angebote auf den Markt gebracht, um die Kosten aufzufangen.“ Ein moderner Servicebetrieb, und dazu müsse man in Zukunft auch öffentliche Dienstleistungen zählen, bemühe sich, seinen Kunden attraktive Leistungen anzubieten, die dieser bereit ist, freiwillig zu bezahlen. „Kunden- oder Bürgerorientierung sind ein Thema der Zukunft, auch für Kommunen.“

Abbau von Bürokratie gefordert

In angespannten Situationen erfolge in kommerziellen Unternehmen die Anpassung der Kapazitäten. Und das bedeute „Gesundshrumpfen“ der Organisation. „Die Wirtschaft erwartet, auch im Namen der Bürger, dass zunächst alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die Entwicklung dieser Stadt weiter vorantreibt und nicht dazu führt, dass sich die noch vorhandenen Gewerbetreibenden um neue Standorte kümmern oder ihr Gewerbe aufgeben müssen.“ Die Wirtschaftsförderer fordern:

- Keine Abgaben- oder Steuererhöhungen, die Wirtschaft und Bürger weiter belasten.
- Abbau von Bürokratie, mehr Service, Senkung der internen Verwaltungskosten.
- Eine Politik für Obernkirchen, die eine prosperierende Entwicklung bedeutet, insbesondere im Hinblick auf Einwohnerzahlen und Gewerbe.
- Vielfältige Zusammenarbeit mit andern Kommunen, um Kosten zu sparen.
- Eine Politik, die das Image von Obernkirchen verbessert. Dafür müssen in einem Haushalt Mittel eingestellt werden.

© Schaumburger Nachrichten, 22.01.03 (tk)